



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/12

15. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|------------------------------|-----|
| Streik oder nicht? | S.1 |
| Die tschechische Kolchosa | S.3 |
| In Richtung Pusan | S.4 |
| Ministerialdirektor Hennecke | S.7 |

L e t z t e F r i s t

sp. In den kommenden 14 Tagen des Januar wird sich entscheiden, ob die Gewerkschaften wirklich zu drastischen Massnahmen werden greifen müssen, um denen zu ihrem Recht zu verhelfen, für die sie da sind, oder ob sich auf der Seite der Unternehmer doch noch die Vernunft durchsetzen wird.

Die Unterhaltung des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des DGB am letzten Donnerstag, der, wie man hört, in Kürze eine weitere folgen soll, und die Entschlüsse des DGB-Bundesausschusses am Tage danach, waren der Auftakt zu dieser letzten entscheidenden Phase. "Alle Geduld hat einmal ein Ende, auch die der Gewerkschaften", wurde von einem Sprecher der Gewerkschaften dieser Tage im Rundfunk erklärt. Es wurden auch Beweise dafür erbracht, dass die Unternehmer, soweit sie sich als Gegner und nicht als Partner der Gewerkschaften fühlen, seit langem und bewusst eine hinhaltende Politik getrieben haben, um eine ihnen unangenehme Lösung der Mitbestimmungsfrage hinauszuschieben.

Der Ernst der Lage wird u.a. auch durch die Aufforderung des Bundesausschusses an die Hauptvorstände der Gewerkschaften und an den Bundesvorstand gekennzeichnet, die notwendigen Barmittel für einen Streik sofort bereitzustellen. Auch die Ermächtigung für den Bundesvorstand des DGB, die Mittel aus dem Solidaritätsfonds einzusetzen, spricht eine deutliche Sprache. Ausserdem werden nach der Abstimmung in den Werken der eisen- und stahlerzeugenden Industrie 570 000 Arbeit-

nehmer aus den Bergbauindustrien in einer Urabstimmung vom 17.-19. Januar ihr Votum abgeben.

Bei den Gewerkschaften ist man der Ansicht, dass die Aktion zur Sicherung des Mitbestimmungsrechtes vor allem gegen jene Kreise gerichtet ist, die früher an Rhein und Ruhr die wirtschaftliche Macht und damit auch Einfluss auf die politische Willensbildung hatten. Dieser Personenkreis besitze zwar heute nicht mehr seine Unternehmungen, aber er übe offenbar noch Einfluss auf die Bundesregierung aus; ein Teil dieses Personenkreises möchte seine alte Machtposition wiedergewinnen und sabotiere deshalb die Bestrebungen, die auf die Schaffung einer echten Mitbestimmung hinauslaufen.

Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat der Bundeskanzler nach seiner Unterhaltung mit Dr. Boeckler zugesagt, zu versuchen, vor allem den Teil der Unternehmer erneut an den Verhandlungstisch zu bringen, der sich bisher als besonders intransigent erwies. Die Aufgabe des Kanzlers, der sich in Bielefeld übrigens zum Ahlener Programm bekannt hat, wird nach gewerkschaftlicher Auffassung in Anbetracht der bekannten Haltung dieser Unternehmerkreise sehr schwierig sein. Aber angesichts der von den Gewerkschaften gesetzten Frist wird diese einflussreiche Gruppe jedenfalls keine Gelegenheit mehr haben, ihre bisherige Verzögerungstaktik fortzusetzen.

Bedauerlich ist, dass diese Taktik von Körperschaften und publizistischen Organen der CDU unterstützt wird, die vorgibt, eine Partei auch der Arbeitnehmer zu sein. Diese Haltung fällt umso unangenehmer auf, als gewichtige überparteiliche Stimmen sich in letzter Zeit zunehmend der Forderungen der Gewerkschaften angenommen haben. Wir zitieren die "Frankfurter Hefte", in denen es dieser Tage hiess: "Heute wissen die Gewerkschaften: die Lebensinteressen und die Grundrechte der deutschen Arbeitnehmer sind verletzt worden und sie bleiben bedroht. Daher sind sie entschlossen, gegenüber dem deutschen Besitzbürgertum eine neue Politik einzuschlagen... Wer aus diesen Dingen nur herausliest, dass sich die deutschen Gewerkschaften "radikalisiert" haben, hat den Vorgang nicht verstanden. Die deutschen Gewerkschaften müssen sich darüber klar sein, dass die angekündigte Politik unmittelbar den Interessen des deutschen Besitzbürgertums und seiner funkt. - näre widersprechen wird und dieser Widerspruch kann nur dadurch gelöst werden, dass die Klassenprivilegien und damit die bestehende Klassengesellschaft selbst fortschreitend aufgehoben werden." Diesen Feststellungen ist nichts hinzuzufügen. Die letzte Frist ist angelaufen. Jetzt nützt kein Maulspitzen, jetzt muss gepfiffen werden.

Die Bilanz der tschechischen Kolchose

sp. Aus Prag wird uns geschrieben:

In Herbst 1950, nach dem Ende der Erntearbeiten, begann in der Tschechoslowakei die Enteignung und Zusammenlegung der Felder in grossem Maßstabe. In einzelnen Dörfern des Sudetenlandes hatte man schon im Frühjahr mit der gemeinsamen Bodenbewirtschaftung begonnen. Man nennt sie "freiwillig" und übergibt den enteigneten Besitz den sogenannten Dorfgenossenschaften; in Wirklichkeit handelt es sich um eine Beseitigung des Privatbesitzes auch in der Landwirtschaft und das Ergebnis sind drflliche Kolchose nach sowjetischem Muster. In vielen Kreisen des Sudetenlandes ist heute bereits die Mehrzahl der Dörfer, aus denen die Sudetendeutschen vertrieben worden sind, in solche Kolchose umgewandelt. Die Feldraine mussten ungeackert, das Vieh in grosse Sammelstlle überführt und die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte an die "Genossenschaft" abgegeben werden. Der selbständige tschechische Bauer, diese wichtigste Figur der tschechischen Geschichte eines Jahrtausends, der zuletzt noch in der Beraubung der Sudetendeutschen eine Chance der Bereicherung sah, ist im Begriffe, zu verschwinden. Wie berichtet wird, sollen sogar die bäuerlichen Grndbcher vernichtet werden, um eine Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse für immer unmöglich zu machen.

Zum Jahresende wurden über die Ergebnisse dieser Kolchose die ersten amtlichen Berichte veröffentlicht. Die Bilanz ist selbst in der sehr vorsichtigen amtlichen Formulierung meist niederschmetternd. ber die Produktionsergebnisse wird noch nichts mitgeteilt, dagegen die Verwaltungsarbeit und die Finanzgebarung der Genossenschaften einer scharfen Kritik unterzogen. Da es keine selbständigen Bauern mehr gibt, sondern nur noch landwirtschaftliche Arbeiter, die man "Genossenschaftsmitglieder" nennt, wird jeder nach bestimmten Tarif und Akkordstzen entlohnt. Das setzt die genaueste Buchführung während des ganzen Jahres voraus. Das Jahr über erhält jeder nur Vorschüsse, die endgültige Abrechnung soll zum Jahresabschluss durchgeführt werden.

In einem dieser amtlichen Berichte - er stammt aus einem der bekanntesten ehemals sudetendeutschen Kreise - heisst es: "Von den 64 Genossenschaften des Bezirkes hatten 12 überhaupt keine Abrechnung

durchgeführt, und bei 23 weiteren war sie ganz mangelhaft." Es gab Dörfer, die hatten gar keine Vorschüsse gezahlt, sondern die Entlohnung nach Gutdünken durchgeführt. Die Bauern, von denen viele bis aus der Slowakei hergeholt worden waren, hatten für die Schlußabrechnung oft ihre Aufzeichnungen nicht in Ordnung. Es gab wochenlange Auseinandersetzungen mit den Bauern, die nicht alle Arbeitsausweise vorlegen konnten und die nun wütend darüber waren, dass man ihnen, wie sie behaupteten, nicht genug auszahle. Manche Bauern hatten ihre Arbeitsausweise absichtlich nicht ausgefüllt. "Ich will gar nichts haben!" so sagten sie, genau so wie sehr viele bei der Zwangsabgabe der Maschinen sich geweigert hatten, die lächerlich geringe Entschädigungssumme anzunehmen. "Dann wollen wir lieber gar nichts, dann sollen sie die Maschinen umsonst haben", hatten sie verbittert erklärt.

Nicht viel anders sieht die Bilanz der staatlichen Traktorenstationen aus, die in jedem Kreise errichtet worden sind und von denen aus man die widerspenstigen Bauern auch politisch beeinflussen wollte. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei in Prag nahm eine Entschliessung an, in der es heisst: "Die grosse Mehrzahl der Maschinenstationen hat in diesem Jahre ihre Aufgabe nicht erfüllt. Sie liessen es zu, dass während der Zeit der grössten Arbeit über 20 Prozent der Traktoren wegen verschiedener Störungen brach lagen, die oft durch schlechte Behandlung verursacht waren. Ein besonders schwerer Mangel ist auch die ungenügende politische Arbeit der Traktorführer bei der Gewinnung der kleinen und mittleren Bauern für die Enteignung. Selbst die Kommunisten in den Maschinenstationen haben bei weitem nicht alles getan, um ihre Aufgaben so zu erfüllen, wie es das Zentralkomitee der Partei verlangt hat."

+ + + +

In Richtung Pusan

sp. Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Langsamer und zähflüssiger als im Sommer vorigen Jahres, da der Korea-Krieg begonnen hatte, schieben sich jetzt die kommunistischen Massen nach dem Süden. Als damals in den Gegenden gekämpft wurde, die heute im Heeresbericht aus Tokio genannt werden, standen nur Nordkoreaner gegen Südkoreaner; der angreifende Norden hatte leichtes Spiel und konnte rasch nach Süden dringen. Erst viel später, als der Naktong-Fluss etwa die Kampflinie bildete, griffen starke US-Streitkräfte ein

und leisteten den hinhaltenden Widerstand, der heute die Kampfplage weiter nördlich charakterisiert. Die Parallele zwischen damals und heute aber liegt auf der Hand: je mehr sich das Kriegstheater in das südöstliche Gebirge Koreas verlagert, um so schwieriger werden die Verhältnisse für die motorisierten Verteidiger.

Als am 1. Januar die Offensive der Chinesen losbrach, standen sich zwei Armeen gegenüber, von denen sich die eine auf die Masse ihrer Infanterie, die andere auf die Masse ihres Materials verliess. Soweit die dürftigen Mitteilungen seit Verhängung der Militärzensur erkennen lassen, konnte man damals das Zahlenverhältnis der unmittelbar am Kampf beteiligten Truppen auf 1:3 zugunsten der Angreifer schätzen. Das wäre kein so schlechtes Verhältnis für die Verteidiger gewesen, zumal die Offensive in einem Raum begann, der eine Entfaltung des Materials noch zuließ. Die Heftigkeit des chinesischen Angriffs überrante aber wohl diese Möglichkeiten. Vornehmlich aus propagandistischen Gründen richtete sich der erste chinesische Stoss gegen die Hauptstadt Seoul, dann brach der Hauptstoss in der Mitte los, mit dem Ziel, die Strassenknotenpunkte zu erreichen, die die Zufahrt nach Pusan beherrschen. Damit verlagerte sich das Kriegsgeschehen in das gebirgige Gelände.

Bei Vormarsch, Kampf und Rückzug sind die motorisierten UNO-Streitkräfte auf die Strassen angewiesen, zumal tiefer Schnee auch das vielleicht sonst noch benützbare freie Gelände unzugänglich gemacht hat. Die Bewegungen der Verteidiger sind also leichter vorauszusehen, ihre überlegene Feuerkraft reicht, soweit die Strassen reichen. Der Angreifer bewegt sich mit den Hilfsmitteln des Landes von der Stelle, entweder mit menschlicher oder tierischer Kraft. Die Chinesen können besser die Schwierigkeiten des Raumes und der Witterung meistern; mit Hilfe der ihnen eingedrillten "Quecksilber-Taktik" können sie in Einzeltruppe schwieriges, unübersichtliches Gelände überwinden und an den Brennpunkten, oft im Rücken der Verteidiger, gesammelt losschlagen oder den für motorisierte Truppen so wichtigen Nachschub gefährden.

Einer der wichtigsten Strassenknotenpunkte ist Wonju. Er beherrscht Strassen nach allen Himmelsrichtungen, sein Besitz hatte also für die UNO-Truppen die Bedeutung einer Drehscheibe. Darum der erbitterte Kampf um diese Stadt, bis die Kommunisten links und rechts die Verteidiger

umgingen, einschlossen und südwärts stießen. Sie können sich diese Taktik mit ihren Menschenmassen erlauben. Eine ähnliche Bedeutung wie Wonju für die Verteidiger, vielleicht sogar noch grösser, hat Chungju diesseits der Gebirgskette, um die zum Wochenende gekämpft wurde. Sobald Chungju für die UNO-Truppen verloren ist, wird sich der Kampf im wesentlichen auf die Strasse und Eisenbahnlinie konzentrieren, die von Seoul über Taegu nach Pusan führt. Mit der Verengung des Raumes gewinnt dann das Material der UNO-Truppen wieder ein stärkeres Gewicht.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der die chinesische Führung ihre Menschenmassen gegen das US-Material einsetzt, kann keinen Zweifel über das Ende des Korea-Krieges aufkommen lassen. Nur asiatische Generale, die unerschöpfliche Reserven hinter sich wissen, schicken ihre Soldaten so bedenkenlos ins Feuer. Es kann aber durchaus sein, dass die Chinesen in der Endphase Material gegen Material setzen. An Lieferanten dieses Materials dürfte es kaum fehlen. Den jetzt bekannt gewordenen amerikanischen Versicherungen, dass man sich bemühen werde, den Brückenkopf ohne zusätzliche Truppen zu halten, kann daher nur theoretische Bedeutung zukommen. Für die verzweifelt kämpfenden Verteidiger ist dies gewiss keine Ermunterung.

+ + + + +

Der Palais-Polizist

sp. Als kürzlich Dr. Adenauer morgens das Palais Schaumburg betrat, machte der diensttuende Polizist die vorgeschriebene Ehrenbezeugung. Als Adenauer nachmittags das Palais wieder verliess, tat aber der immer noch gleiche-Posten nichts dergleichen. "Sagen Sie mal, warum grüssen Sie nicht?" fragte darum der Kanzler. Und der Polizist gab zur Antwort: "Ich habe Sie heute morgen schon gegrüsst, Herr Bundeskanzler!" - "Aha."

Diese Geschichte gab Dr. Lehr in der Bundestagsfraktionssitzung zum besten. Mit ihr wollte der Bundesinnenminister illustrieren, dass die Bereitschaftspolizei noch nicht steht. Der Polizist war ja vom Lande Nordrhein-Westfalen entliehen, und weder Kanzler noch Bundesinnenminister "konnten ihm etwas."

Uns scheint, zur Illustration seiner Polizeisorgen hat Dr. Lehr das Beispiel nicht gerade gut gewählt. Der Palais-Polizist bewies nur eine biedere und selbstverständliche Zivilisten-Gesinnung, über die man sich freuen sollte.

+ + +

Ministerialdirektor Hennecke

sp. Adolf Hennecke - der ostzonale Stachanow - wurde zum Ministerialdirektor im Ministerium für Schwerindustrie ernannt. Er übernimmt dort die neugeschaffene Abteilung "Arbeitskraft". Am gleichen Tage wurde vom kommunistischen "Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" der Ostzone offiziell der "Plan zur Masseninitiative" verkündet, der eine weitere Gleichschaltung ostzonaler Arbeitsverhältnisse mit dem sowjetischen "Arbeitsstil" vorsieht. Ein mehr als eigenartiger Zufall zweifellos, dass beide Ereignisse auf ein- und denselben Tag fallen!

Der neue "Plan zur Masseninitiative" ist das Signal, die Aktivist- und Wettbewerbsbewegung stärker zu mobilisieren. Die bisherigen Erfolge waren sehr mässig, so dass jetzt von hoher Warte aus die "Masseninitiative" zur Erhöhung der Arbeitsnormen und zur allgemeinen Einführung des Leistungslohnes entwickelt werden soll. Durch einen Beschluss des ostzonalen Ministerrats wurde dieser Schritt ausdrücklich sanktioniert.

Inzwischen ist eine Delegation ostzonaler Gewerkschaftsvertreter in die Sowjetunion abgereist, um an Ort und Stelle die Arbeitsmethoden und den Organisationsaufbau der sowjetischen Gewerkschaften zu studieren. Die totale Ausrichtung des FDGB auf die sowjetische Linie wird die unausbleibliche Folge sein. Schon bisher hatte der FDGB Streikverbot erlassen, jeglichen Kündigungsschutz in volkseigenen Betrieben aufgehoben, jede Freizügigkeit in der Wahl des Arbeitsplatzes unterbunden und neuerdings grundsätzlich auf jegliche Lohnaufbesserung für die arbeitenden Massen verzichtet. Weitere Massnahmen stehen bevor.

-8-

+ + +

Der westlich überfahrene Opa

sp. Der "Freiheit" (SED Sachsen-Anhalt) entnehmen wir folgende Leserzuschrift:

"Am Sonntag erschien bei uns ein Mann, der das vorhandene Kleinvieh zu zählen hatte. Er begann, in der unglaublichsten Weise Westpropaganda zu machen. Leider waren meine Schwiegermutter und unser alter Opa allein anwesend. Sie waren dem Redefluss des Mannes, trotzdem sie ihren richtigen Standpunkt vertraten, nicht gewachsen und stellten auch seine Namen nicht fest. Sie berichteten, dass dieser Mann ihnen erzählte, es "würde bald anders rumkommen. Wenn es Krieg gäbe, liesen uns "die Russen" im Stich, im Westen wäre alles besser, ohne Weststückchen müsste er verhungern. Dann versuchte er noch, die beiden alten Leute, die beide Umsiedler sind, mit der "Rückkehr in die Heimat" zu ködern." Hierzu bemerkt die Zeitung: "Das ist ja wohl doch die Höhe! Es ist kaum anzunehmen, dass dieser Mann wirklich beauftragt war, Kleinvieh zu zählen. Vielmehr ist er ein Agent, der nur diesen Vorwand wählte, um alte Leute in Unruhe zu versetzen und übelste Hetze zu treiben. Ein neuer Beweis zur Wachsamkeit an allen Orten und zu jeder Zeit."

+ + +